

POSITIONSPAPIER

Corona- und Klimakrise: Europäischen Green Deal zur Bekämpfung der Doppelkrise nutzen

Corona- und Klimakrise in der EU sinnvoll zusammendenken

Die Corona-Krise schärft als exponentiell wachsende Krise unser Bewusstsein für eine andere exponentiell wachsende Krise – die Klimakrise. Exponentielle Krisenkurven verlangen stets eine Doppelstrategie: **Erstens** muss die Kurve massiv abgeflacht werden, um **das Unbewältigbare zu vermeiden (Eindämmung)** bzw. Kipppunkte nicht zu überschreiten, die menschenwürdige Lösungen kaum noch möglich machen. Ein Kipppunkt bei der Corona-Krise sind etwa die Kapazitäten der Intensivbetten im Gesundheitssystem. Reichen diese nicht, steigt die Zahl der Toten massiv an. Für die arme Bevölkerung weltweit stehen viel weniger davon bereit als für den reicheren Teil der Länder. Überall, aber ganz besonders in den ärmeren Ländern, muss es vor allem darum gehen, die Ansteckungsrate unter 1 zu halten, damit die Verbreitung der Corona-Pandemie massiv einzudämmen und dann durch ausreichend Tests beherrschbar zu halten. Bei der Klimakrise sind irreversible Kipppunkte des Erdsystems etwa Schmelzprozesse in Grönland und der Antarktis, das Umkippen des Amazonasregenwaldes sowie Störungen des Monsunregens oder des Nordatlantikstroms. Das Überschreiten dieser Kipppunkte bedeutet, dass mindestens ganze Kontinente in eine existenzielle Krise geraten – wenn auch der Krisenverlauf im Vergleich zu einer Pandemie in Zeitlupe stattfindet. Auch hier ist die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung besonders betroffen. Das Pariser Klimaabkommen hat u. a. wegen dieser Kipppunkte festgelegt, den globalen Temperaturanstieg möglichst auf 1,5°C zu begrenzen. Der Europäische Green Deal will sich dem zumindest annähern.

Im **zweiten Teil** der Bewältigung exponentiell wachsender Krisen geht es darum, **das Unvermeidbare zu bewältigen (Bekämpfung)**. Sobald es bei der Bekämpfung der Corona-Krise nicht mehr um die Stilllegung der Wirtschaft, sondern um ihre Ankurbelung geht, muss diese Strategie mit der Eindämmung der Klimakrise verzahnt werden. Es wäre absurd, wenn die Antwort auf die Corona-Krise die Klimakrise beschleunigen und ihren Kipppunkte weiter entgegen schieben würde. Entscheidend für die parallele Bewältigung beider Krisen ist es nun, durch öffentliches Geld und Rahmensetzungen Konsum und Investitionen in die richtige Richtung zu lenken.

Beide Krisen sind international. Sie machen nicht an Ländergrenzen halt. Beide Krisen sind auch Gerechtigkeitskrisen, die fundamentale Fragen an Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme aufwerfen. Diese Gerechtigkeitsfragen betreffen auch die EU: Wenn die reicheren Mitgliedsstaaten jetzt nicht ausreichend Solidarität mit den ärmeren oder besonders betroffenen Mitgliedern zeigen, droht die EU, wie wir sie kennen, in einigen Jahren nicht mehr zu existieren.

Der im Dezember 2019 präsentierte Europäische Green Deal bietet mit seinen sozialen und ökologischen Zielen einen guten, geeigneten und zukunftsfähigen Ausgangspunkt, um die Konsum- und Investitionspakete zur Bekämpfung der Corona-Krise mit den Zielen der Treibhausgasneutralität und der Kreislaufwirtschaft bis 2050 zu verzahnen. Interessant ist der Vorschlag von Kommissionspräsidentin von der Leyen, den Green Deal um einen White Deal für ein nachhaltiges Gesundheits- und Pflegesystem zu er-

gängen. Gelingt die Umsetzung einer solchen **Doppelstrategie**, wird daraus ein Identifikationsprojekt für die Menschen, Unternehmen, Regionen und Mitgliedsstaaten der EU. Werden die künftigen Konjunkturlösungen stattdessen in Investitionsprojekte gelenkt, die auf fossilen Technologien beruhen, dann müssen diese Aktiva noch vor ihrer Abschreibung stillgelegt werden, um die Klimaziele noch erreichen zu können: Somit droht eine massive Welle gestrandeter Investitionen. Werden Investitionen aber in die richtige, zukunftsweisende Richtung – etwa im Gebäudesektor, in Verkehrs-, Energie- und Digitalinfrastruktur, aber auch in der Mobilitätsindustrie – gelenkt, kann der Umbau in Richtung Treibhausgasneutralität sogar beschleunigt werden.

In Deutschland – mit seiner Auto- und Schwerindustrie – bestehen besondere Herausforderungen und Chancen für die notwendige Transformation. Zugleich ruhen die Solidaritätserwartungen derjenigen Mitgliedsstaaten, die von der Corona-Krise besonders betroffen sind, gerade auf dem ökonomischen Schwergewicht der EU und auf der deutschen Bundeskanzlerin, die zusätzlich in der zweiten Jahreshälfte die EU-Präsidentschaft übernimmt. Für die politische Identität und ökonomische Schlagkraft Deutschlands ist die EU existenziell. Deshalb sollte es im reinen Eigeninteresse Deutschlands sein, sich jetzt deutlich zur Solidarität in Europa und dem Europäischen Green Deal zu bekennen. Das betrifft den Ausbau der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen **Resilienz in der EU**, die notwendige **Klimaambition** für 2030, die **Etablierung des umwelt- und klimaschonenden ganzheitlichen Ansatzes** des Green Deals und – ganz wesentlich – eine **soziale Abfederung** für die EU-Bürger und -Bürgerinnen.¹

Lehre aus Corona-Krise: gesellschaftliche und wirtschaftliche Resilienz stärken

Die Pandemie hat offengelegt, wie wichtig es ist, die Resilienz unserer Systeme auf nationaler, europäischer und globaler Ebene erheblich zu stärken.

Betrachten wir die politischen Reaktionsmuster auf Corona-Krise und Klimakrise bzw. den Umgang der Regierungschef*innen damit, erkennen wir in beiden Fällen – wenn auch in unterschiedlicher nationaler und regionaler Ausprägung – **eine Kübler-Ross-Kurve des Wandels²**: anfänglich verleugnend, dann experimentierend, allmählich akzeptierend, schließlich agierend. Bei der Pandemie waren und sind diese Reaktionen in rasantem Tempo zu beobachten, bei der Klimakrise vergleichsweise in Zeitlupe. Dieses Zeitlupentempo macht einen angemessenen Umgang mit der Klimakrise für Politik und Finanzmärkte, die an einem kurzfristigen Horizont orientiert sind, noch herausfordernder – aber nicht weniger notwendig.

¹ Siehe dazu auch Mathieu (20.02.2020): Der Europäische Green Deal: Erneuerungsprojekt als Chance für Klima und Mensch.

² Deutscher Naturschutzring (o.D.): Transformationsmodelle. Die Kübler-Ross-Kurve des Wandels.

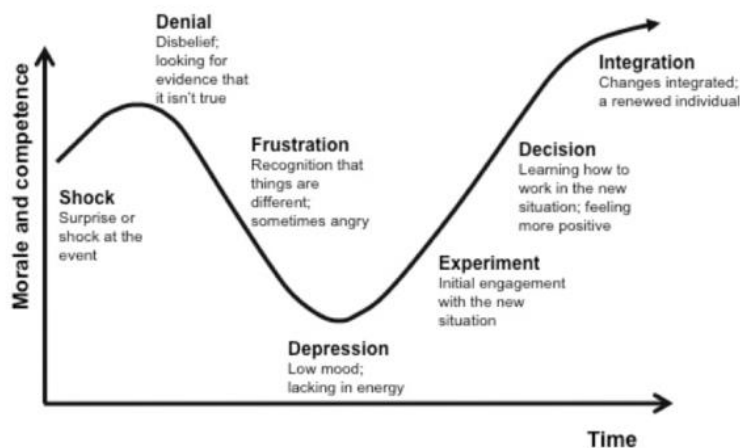


Abb. 1: Kübler-Ross-Kurve des Wandels³

Bei beiden Krisen ist offensichtlich, wie wichtig es ist, sich bei Analysen auf die Expertise der Wissenschaft zu stützen, deren Ergebnisse in einen breiteren Kontext zu stellen und in die politische Entscheidungsfindung einfließen zu lassen. Corona- und Klimakrise verdeutlichen die Notwendigkeit, verbindlich Transparenz für die Wertschöpfungsketten herzustellen, um gesellschaftliche Resilienz und den Klimaschutz zu stärken. Die Bedeutung regionaler Wertschöpfungsketten, gerade für im Krisenfall systemrelevante Produkte oder für Energie-, Land- und Forstwirtschaft, kann so neu bewertet werden. Auch zeigen beide Krisen, wie zentral die Daseinsfürsorge für die Verwundbarsten der Gesellschaft ist.

Die Entscheidungen der nächsten Monate werden das multilaterale System der Welt, die EU und unsere Wirtschaftssysteme für Jahrzehnte prägen. Wenn nun die Bewältigung des Unvermeidbaren in der Corona-Krise (Phase 2) nicht mit der ausreichenden Eindämmung der Klimakrise (Phase 1) verzahnt werden kann und keine ausreichende Solidarität in der EU und weltweit geschaffen wird, ist eine Pfadabhängigkeit in Richtung weiterer massiver Krisen gesetzt. Die Verzahnung der bereits heiß diskutierten Konjunkturpakete mit dem Europäischen Green Deal wäre hingegen ein guter und wichtiger Startpunkt für eine EU, die angesichts beider Krisen über sich hinauswächst. Die Europäische Kommission hat bereits jetzt sehr deutlich gemacht, dass sie an dem Europäischen Green Deal festhalten wird, auch wenn sich einzelne Vorhaben aufgrund der Corona-Krise verzögern werden.⁴

Auch betrachten inzwischen schon 17 EU-Umweltminister*innen den Europäischen Green Deal als Schlüssel für die Bewältigung der Folgen der Corona-Krise - darunter auch Frankreich und Deutschland sowie zahlreiche ost- und mitteleuropäische Mitgliedsstaaten wie Lettland, Slowenien und die Slowakei.⁵ Dieses äußerst ermutigende Signal verdient mehr Aufmerksamkeit, auch wenn es von den Regierungsspitzen hätte kommen müssen.

Am 23. April 2020 tagte der Europäische Rat innerhalb weniger Wochen zum vierten Mal. Die Diskussionen rund um die Kernthemen Binnenmarkt, Investitionspläne und wirtschaftliche sowie gesellschaftliche Resilienz gestalteten sich zäh. Der Appell der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und des Präsidenten des Europäischen Rats Charles Michel⁶ für eine Verzahnung des Green Deals mit einem White Deal, der die Gesundheit der Menschen in Europa stärken soll, fand bei den Regierungschef*innen noch nicht viel Beachtung. Den Europäischen Green Deal geschickt mit einer nachhaltigen und zukunftswei-

³ Ebd.

⁴ Euractiv (16.04.2020): LEAKED: Full list of delayed European Green Deal initiatives.

⁵ Climate Home News (09.04.2020): European Green Deal must be central to a resilient recovery after Covid-19.

⁶ Virtuelle Pressekonferenz von Ursula von der Leyen und Charles Michel am 15. April 2020

senden Ankurbelung der Wirtschaft in Deutschland und Europa zu verbinden, wird somit eine historische Aufgabe der deutschen EU-Ratspräsidentschaft sein.

Zurecht hat Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission, gesagt: „*Wir werden in ganz Europa massiv neu investieren müssen. Dabei sollten wir ganz bewusst auf Zukunftstechnologien setzen und auf saubere Technologien. Der Klimawandel geht ja nicht weg, weil ein gefährliches Virus grassiert.*“⁷ Nach der Corona-Krise ist eine massiv ansteigende Staatsverschuldung in der EU und weltweit absehbar. Eine zweite Gelegenheit für die Eindämmung der Klimakrise wird es in dieser Größenordnung daher nicht geben. Kommende Investitionspakete müssen deshalb beiden Krisen entgegentreten. Natürlich wirkt die Vergangenheit aktuell besser organisiert als eine noch nicht bekannte Zukunft – aber damit wir und künftige Generationen überhaupt eine lebenswerte Zukunft haben, dürfen wir uns diese nicht von Lobbyist*innen fossiler Branchen zerstören lassen.

Die Pflicht der Solidarität auf EU-Ebene und weltweit erfüllen

Der Europäische Green Deal verdient die Unterstützung der Zivilgesellschaft. Er ist der späte aber kühne Versuch, ein neues demokratisches Marktwirtschaftsmodell zu errichten, das – anders als seit Beginn der Industrialisierung – nicht mehr auf einer grundsätzlichen Ausbeutung von Mensch und Umwelt basiert. Er ist der Versuch eines neuen Gesellschaftsvertrags, der zukünftigen Generationen – wenn konsequent umgesetzt – einen Wohlstand ermöglicht, der nicht mehr auf konsumbasierten Privilegien basiert, sondern die Klima- und Biodiversitätskrise eindämmt und sowohl zukunftsfähige Geschäftsmodelle und Lebensstile als auch internationale Partnerschaften ermöglicht. Eine solche EU würde sich am Erhalt unserer lokalen und globalen Heimat sowie an der Klimagerechtigkeit orientieren.

Die Mitglieder des Vorstands der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung haben den Ernst der aktuellen Lage parteiübergreifend verstanden und fordern in Ihrer aktuellen Erklärung zu recht: "Einigt Euch, es geht um Europa".⁸ Insbesondere Staaten wie Italien und Spanien, in denen die Corona-Krise besonders stark gewütet hat, werden vor enormen sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen stehen. Fehlt es nun an ausreichender **Solidarität als Antwort auf die resultierende Wirtschaftskrise**, droht die EU zu scheitern. Bringt die EU diese Solidarität auf, winkt ein Neuaufbruch. Bei der Bewertung der aktuellen Situation gilt: Wer diese Krise mit der Brille der Finanzkrise von 2008 betrachtet, benutzt eine ungeeignete Sehschärfe. Damals ging es um die Frage, dauerhaft für die fiskalische Architektur der EU gemeinschaftliche Bonds zuzulassen.⁹ Heute geraten EU-Mitgliedstaaten wie Italien und Spanien – ohne budgetäre EU-Regeln gebrochen zu haben – in eine massive Krise. Es geht um eine befristete finanzpolitische Antwort auf die Corona-Krise. Der 500 Milliarden schwere Kompromiss der Eurogruppe vom 9. April 2020¹⁰ ist zwar ein guter Anfang, reicht aber nicht für einen wahren Marshall-Plan für Europa. Die Bundesregierung sollte weitere Schritte gehen und sich für eine zeitgemäße solidarische Lösung unter Einbezug der EU-Institutionen einsetzen, anstatt reflexartig in das Verhaltensmuster der Finanzkrise von 2008 zu verfallen. Hierzu gehört die ernsthafte Prüfung von Corona-Bonds oder anderer funktional äquivalenter Lösungsansätze in der notwendigen Größenordnung sowie eine noch aktivere Rolle der Europäischen Zentralbank.

⁷ EU-Info.Deutschland (28.03.2020): Von der Leyen: EU hat in der Corona-Krise «in den Abgrund geschaut» Interview: Verena Schmitt-Roschmann, dpa.

⁸ Erklärung von Mitgliedern des Vorstands der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung (08.04.2020): Einigt euch, es geht um Europa!

⁹ Bei dieser Art Anleihe würden EU-Staaten gemeinsam Schulden am Kapitalmarkt aufnehmen, die aufgenommenen Mittel unter sich aufteilen und gesamtschuldnerisch für die Rückzahlung und Zinsen dieser Schulden haften.

¹⁰ Spiegel (10.04.2020): EU-Finanzminister: Eurogruppe schafft den Durchbruch - ohne Corona-Bonds.

Der Bundesregierung kommt dabei auch deswegen eine Schlüsselrolle zu, da sie in der zweiten Jahreshälfte die EU-Präsidentschaft übernimmt. Bundeskanzlerin Merkel könnte es zu ihrem Vermächtnis machen, die EU auf einen solidarischeren und klimaschonenden Weg zu bringen – mit der Umsetzung der Klima-, Biodiversitäts- und Rohstoffziele einer treibhausgasneutralen Kreislaufwirtschaft. Ein maßgeschneidertes Stimulus- sowie ein Solidaritätspaket könnten auch in den Mitgliedsstaaten Zentral- und Osteuropas den Boden für Populist*innen dünner machen. In vielen Regierungen werden dort momentan intensive Debatten über das Für und Wider des Europäischen Green Deals geführt. Die Ergebnisse dieser Debatten sind momentan noch offen.

Andere Staaten haben bereits wichtige Schritte für eine solche zukunftsorientierte Transformation getätigt: in Europa etwa Finnland. Auch die regierende Demokratische Partei Südkoreas hat im März 2020 ein eigenes Konzept für einen „Green New Deal“ vorgestellt. Dieses beinhaltet u. a. das Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2050 sowie die Einführung einer CO₂-Steuer und massive Investitionen in den Ausbau Erneuerbarer Energien. Bei den Parlamentswahlen, die während der Corona-Pandemie am 15. April 2020 durchgeführt wurden, erreichte die Partei eine absolute Mehrheit. Jetzt geht es um eine wirkungsvolle Umsetzung.¹¹

Über die EU hinaus ist eine weltweite Solidarität geboten. Die Auswirkungen der Krise im Globalen Süden sind aktuell kaum abzusehen. Zwar ist die dortige Bevölkerung häufig jünger. Dem stehen jedoch erheblich schlechter entwickelte Gesundheitssysteme und Infrastrukturen gegenüber, die Abstandhalten und Hygiene oft unmöglich machen. Sinkende Rohstoffeinnahmen und ausbleibende Zahlungen der Auslandsbürger*innen erschweren die Situation weiter. Es gibt insgesamt, aber vor allem für die ärmere Hälfte der Gesellschaften viel weniger Ärzt*innen und erst recht weniger Intensivbetten. Es ist nun Aufgabe der G20, des IWF, der Entwicklungsbanken – jeweils unterstützt von der EU und ihren Einzelregierungen – dafür eine Strategie aufzustellen. Wenn das gelingt, kann der Multilateralismus eine neue Blüte erleben, wenn nicht, erheblichen Schaden erleiden.

¹¹ Climate Home News (16.04.2020): South Korea to implement Green New Deal after ruling party election win.

Referenzen

Climate Home News (09.04.2020): European Green Deal must be central to a resilient recovery after Covid-19. [online] <https://www.climatechangenews.com/2020/04/09/european-green-deal-must-central-resilient-recovery-covid-19/> (abgerufen am 24.04.2020).

Climate Home News (16.04.2020): South Korea to implement Green New Deal after ruling party election win. [online] <https://www.climatechangenews.com/2020/04/16/south-korea-implement-green-new-deal-ruling-party-election-win/> (abgerufen am 24.04.2020).

Deutscher Naturschutzring (o.D.): Transformationsmodelle. Die Kübler-Ross-Kurve des Wandels. [online] <https://www.dnr.de/sozial-oekologische-transformation/info-quellen/transformationsmodelle/die-kuebler-ross-kurve-des-wandels/> (abgerufen am 24.04.2020).

Virtuelle Pressekonferenz von Ursula von der Leyen und Charles Michel am (15.04.2020) [online] <https://audiovisual.ec.europa.eu/en/video/I-188348> (abgerufen am 24.04.2020)

Erklärung von Mitgliedern des Vorstands der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung (08.04.2020): Einigt euch, es geht um Europa!. [online] https://www.andreas-jung.info/app/download/12743168087/2020_04_08+Erkl%C3%A4rung+Vorstand_fin.pdf?t=1586589378 (abgerufen am 24.04.2020).

EU-Info.Deutschland (28.03.2020): Von der Leyen: EU hat in der Corona-Krise «in den Abgrund geschaut» Interview: Verena Schmitt-Roschmann, dpa. [online] <http://www.eu-info.de/dpa-europaticker/303056.html> (abgerufen am 24.04.2020).

Euractiv (16.04.2020): LEAKED: Full list of delayed European Green Deal initiatives. [online] <https://www.euractiv.com/section/energy-environment/news/leaked-full-list-of-delayed-european-green-deal-initiatives/> (abgerufen am 24.04.2020).

Mathieu (20.02.2020): Der Europäische Green Deal: Erneuerungsprojekt als Chance für Klima und Mensch. Blogbeitrag. [online] www.germanwatch.org/de/18336 (abgerufen am 24.04.2020).

Spiegel (10.04.2020): EU-Finanzminister: Eurogruppe schafft den Durchbruch - ohne Corona-Bonds. [online] <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/coronavirus-eu-finanzminister-einigen-sich-auf-500-milliarden-paket-a-1326eacf-aeb8-4714-a2f5-84ed6373d8d0> (abgerufen am 24.04.2020).

AutorInnen: Christoph Bals, Audrey Mathieu, Linus Herzig | **Redaktion:** Janina Longwitz | **April 2020**

Diese Publikation kann im Internet abgerufen werden unter: www.germanwatch.org/de/18568

Herausgeber: Germanwatch e.V.

Büro Bonn

Kaiserstr. 201
D-53113 Bonn
Tel. +49 (0)228 / 60 492-0, Fax -19
Internet: www.germanwatch.org

Büro Berlin

Stresemannstr. 72
D-10963 Berlin
Tel. +49 (0)30 / 2888 356-0, Fax -1
E-Mail: info@germanwatch.org

Mit finanzieller Unterstützung der Stiftung Mercator und des LIFE-Projekts "Unify".
Für den Inhalt ist alleine Germanwatch verantwortlich.

STIFTUNG
MERCATOR

